



GDK Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren

CDS Confédération suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé

CDS Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità

Medienmitteilung vom 19. Mai 2005

Jahrestagung der Gesundheitsdirektorenkonferenz vom 19. Mai 2005 in Freiburg

Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz verabschiedete die Revision der Interkantonalen Diplomanerkennungs-Vereinbarung und fasste Beschlüsse zum zukünftigen Ausbildungsniveau mehrerer Gesundheitsberufe. In einer Verlautbarung äussert sie sich zu aktuellen Fragen der ambulanten ärztlichen Grundversorgung.

Freiburg, 19.5.2005. Unter dem Vorsitz des Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektors, Regierungsrat Dr. Markus Dürr, hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) in Freiburg ihre Jahrestagung abgehalten. Sie folgte damit einer Einladung der Freiburger Regierung und von Staatsrätin Dr. Ruth Lüthi.

Die Konferenz wählte als Nachfolger der zurücktretenden Neuenburger Staatsrätin Monika Dusong neu Staatsrat Prof. **Pierre-François Unger** (Genf) in den Vorstand. Zum Vizepräsidenten wählte sie Staatsrat **Pierre-Yves Maillard** (Waadt).

Sie stellte mit Befriedigung fest, dass die Ratifikation der Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der **hochspezialisierten Medizin** (IVKKM) durch die Kantone auf guten Wegen ist.

Die GDK verabschiedete zudem die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die **Diplomanerkennung**. Diese wird insbesondere an die neuen Zuständigkeitsregelungen in der Berufsbildung und im Fachhochschulwesen angepasst. Zudem wird die gesetzliche Grundlage für ein Register der Ausbildungsabschlüsse für Gesundheitsberufe geschaffen. Die revidierte Vereinbarung muss auch noch von der Erziehungsdirektorenkonferenz genehmigt und dann von den Kantonen ratifiziert werden.

Sie befasste sich mit den zukünftigen **Ausbildungsniveaus** mehrerer Gesundheitsberufe. Sie sprach sich dafür aus, die Ausbildungen in **Medizinischem Labor** und **Dentalhygiene** wie bisher auf der Stufe Höhere Fachschule zu belassen. Für die Ausbildung in **Medizinisch-technischer Radiologie** sieht sie die Stufe Höhere Fachschule weiterhin als Mindestanforderung vor. Für die Ausbildungen für **Hebammen** und **Ernährungsberatung** sollen längerfristig (ab 2012) als Mindestanforderung für die Berufsausübung Fachhochschul-Abschlüsse gelten. Bis 2009 können deshalb beide Ausbildungen wie bisher auch noch auf der Stufe Höhere Fachschule angeboten werden.

Der Zuger Regierungsrat Joachim Eder informierte als Präsident des Bildungsrates der GDK über die weiteren laufenden Arbeiten im **Berufsbildungsbereich**. Teilweise wird die am 12. Mai 2005 zusammen mit Arbeitgeber- und Berufsverbänden gegründete Nationale Dach-Organisation der Arbeitswelt Gesundheit (Dach-OdA Gesundheit) bisherige Tätigkeiten der GDK und des Schweizerischen Roten Kreuzes übernehmen. Die GDK wirkt in der neuen Organisation vor allem im Hinblick auf die Versorgung und die Personalrekrutierung mit. Nach dem Inkrafttreten des revidierten Fachhochschulgesetzes im Herbst 2005 wird der Bund auch für die Fachhochschulen im Gesundheitsbereich zuständig sein. Gegenwärtig laufen allerdings noch Anerkennungsverfahren unter der Leitung der GDK. In den genannten Bereichen gilt es, den reibungslosen Übergang angesichts der Verschiebung der Zuständig-

keiten von der GDK zum Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) beziehungsweise zur Dach-OdA Gesundheit zu sichern.

Die Tessiner Staatsrätin Patrizia Pesenti unterstrich als Präsidentin der Kommission „Vollzug KVG“ der GDK die Anliegen der Kantone im Zusammenhang mit den Vorlagen zur **Revision des Krankenversicherungsgesetzes** (KVG). Bei der Finanzierung der Langzeitpflege und bei der Spitalfinanzierung setzt sich die GDK gegenüber dem Parlament für ihre eigenen Modelle ein. Deren Einzelheiten werden demnächst an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der Umsetzung des Medizinaltarifs **TARMED** sind einige Fragen betreffend die Dauer der Kostenneutralitäts-Phase und die während dieser Zeit anzuwendenden Regeln immer noch umstritten. Regierungsrat Dr. Carlo Conti, Sanitätsdirektor von Basel-Stadt, informierte als Präsident des Vereins SwissDRG über den Stand der Arbeiten bei der Entwicklung eines einheitlichen schweizerischen Systems von **Spital-Fallpauschalen**.

Die GDK verabschiedete schliesslich eine Verlautbarung zu aktuellen Fragen der ambulanten ärztlichen **Grundversorgung** (siehe separaten Text) sowie eine Empfehlung zur Beteiligung der Kantone an der Finanzierung des Schweizerischen **Gesundheitsobservatoriums** (Obsan).

Telefonische Auskünfte: 078 624 27 97